

Pavel Rogosnyj

Die „Kirchenrevolution“ von März bis August 1917

In den Jahren vor der Revolution steckte die Russische Kirche in einer tiefgreifenden Krise. Der Fall der Autokratie wurde daher von einem Großteil der Geistlichen begrüßt und es kam zu einer „Kirchenrevolution“ von unten. Die Einführung von Kirchenräten und des Wahlprinzips ermöglichte konsolidierende Reformen, was die Kirche kurzfristig als Opposition gegen die Bolschewiken stärkte. – R. Z.

Der Sturz der Autokratie im März 1917 musste zwangsläufig auch die konservativste Organisation des alten Russlands treffen: die Russische Kirche. Die Zeit zwischen März und August 1917 bezeichneten die Zeitgenossen auch als „Kirchenrevolution“. Deren Hauptmerkmale waren der Zerfall des Synodalsystems¹, der Aufstand des niederen Klerus gegen die Hierarchie und die landesweite Einführung des Wahlprinzips.

Rasputin und der Zerfall des Synodalsystems

Der gesamte höhere Klerus und die erdrückende Mehrheit der einfachen Geistlichen anerkannten die neue Provisorische Regierung. Hauptgrund dafür war die schon seit Jahren andauernde allmähliche Auflösung der synodalen Struktur. Die oppositionelle Stimmung innerhalb der Kirche im vorrevolutionären Russland wird von Historikern immer noch unterschätzt. Diese war nicht nur eine Folge der Unfähigkeit der Regierung, wesentliche Probleme des kirchlichen Lebens zu lösen, sondern auch der unklaren Zuständigkeiten: Wer leitete eigentlich die Kirche? Der Autokrat, der Hl. Synod oder Grigorij Rasputin? Unabhängig davon, ob dieser „Starze“ die Kirchenleitung wirklich manipulieren konnte, oder ob sein Einfluss maßlos übertrieben wurde, waren sich Menschen unterschiedlicher politischer Orientierung einig, dass Rasputin „alles steuert“. Im Jahr 1915 steckte die Kirche in der Krise: Der erzwungene Rücktritt des beliebten Oberprokurors, Alexander D. Samarin, der sich negativ über Rasputin geäußert hatte, trieb sogar die konservativsten und kirchlichsten Kräfte in die Opposition: Vor allem Neuberufungen kirchlicher Hierarchen auf die hauptstädtischen Kanzeln wurden sowohl im weltlichen als auch im kirchlichen Umfeld oftmals mit dem verhassten „Starzen“ in Verbindung gebracht. Auch wenn man den Einfluss Rasputins für einen Mythos hält, so spielte dieser Faktor dennoch eine überaus bedeutende Rolle für die Unzufriedenheit im kirchlichen Milieu. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Berufung und Versetzung hochrangiger Hierarchen am Vorabend der Revolution mit groben Verletzungen nicht nur des Kirchenrechts, sondern auch der geltenden Gesetzgebung vorgenommen wurden.

Die Mitglieder des niederen Klerus bewegten nicht nur die Manipulationen Rasputins, sondern in erster Linie ihre armselige Lebenslage. Die Kommission zur Gemeindereform, die noch vor der Revolution gebildet worden war, bestätigte die katastrophale Situation des einfachen Klerus und der niedrigsten Kirchendiener. Gerade in deren Reihen gab es in den Kriegsjahren auch Fälle von Hungertod.²

Die Kirchenkrise war ein wichtiger Faktor der allgemeinen politischen Krise. Auch deswegen begrüßte das ganze Land aufrecht den Sturz der Autokratie. Diese Einstellung teilten auch die Geistlichen. Nachdem Nikolaj II. selbst auf den Thron verzichtet, und sich auch sein Bruder, Großfürst Michail, geweigert hatte, die Macht zu übernehmen, blieb selbst den Monarchisten zusammen

mit dem ganzen Hause Romanov nichts anderes übrig, als die neue Regierung zu anerkennen. Insofern war die Februarrevolution ein kurzer Moment des Zusammenhalts eines Großteils der Bevölkerung im Imperium – ganz im Gegensatz zur Oktoberrevolution, die das Land buchstäblich in Stücke riss. Im gesellschaftlichen Bewusstsein wurde die Februarrevolution als „Frühling Russlands“, als „Rote Ostern“, wahrgenommen.

Die Rebellion des niederen Klerus

„Das Leben hat uns überholt“, konstatierte am Landeskonzil das ehemalige Mitglied des Hl. Synods, Protopresbyter Nikolaj Ljubimov: *„Wir haben keine Zeit, Anordnungen zu treffen, wir werden informiert: hier wurde ein Bischof abgesetzt, da haben Priester die Macht an sich gerissen. Was hätte der Synod machen sollen?“*³ Mit anderen Worten: Gesellschaftliche Initiativen überflügelten alle Entscheidungen der höchsten Kirchengewalten.

In einer Reihe von Eparchien wurde das Amt eines Kommissars für geistliche Angelegenheiten geschaffen, das mal von Priestern, mal von völlig kirchenfernen Leuten ausgeübt wurde. Sie forderten außergewöhnliche Vollmachten und gerieten deshalb in Konflikt mit den alten Kirchenstrukturen. In einigen Fällen waren die Handlungen der Kommissare von absolut anarchistischem Charakter. Für die Hierarchen war nicht der „revolutionäre“ Oberprokurors Vladimir L'vov das Hauptproblem, sondern die Konflikte mit untergebenen Geistlichen oder mit der neuen Regierung. Nach der Februarrevolution wurden Bischöfe nicht prinzipiell verfolgt, jedoch wurden 15 Erzhierarchen in den Eparchien entlassen, einige, z.B. Erzbischof Antonij (Chrapovizkij), traten aus freien Stücken zurück.

Auf große gesellschaftliche Resonanz stieß ein Aufstand der Mönche im Moskauer Danilov-Kloster. Seine Bewohner verjagten nicht nur den Vorsteher, sondern sie verwandelten das Kloster in eine wahre Lasterhöhle mit einer Alkohol-Schwarzbrennerei und leichten Mädchen. Laut einem Korrespondenten der Moskauer Zeitung „Morgen Russlands“ (*Utro Rossii*) *„lagen in allen Zellen Zigarrenstummel herum, auf den Tischen Flaschen mit Wein und Vodka“*. Ein „Interview“ mit dem Anführer des Aufstands konnte er nicht führen, weil Mönchsdiakon Sofronij gerade betrunken war.⁴ Auch Nikolaj Ljubimov, der als Vertreter des Synods in das Kloster geschickt worden war, gab zu, dass die Zeitungsnachricht „völlig der Wirklichkeit“ entspreche. Die eparchiale Revision, deren Rechenschaftsbericht erst Ende 1917 in die Synode kam, machte als Hauptschuldigen des Aufstands der Mönche den Ex-Vorsteher des Klosters aus.⁵

In einigen Eparchien rebellierten Geistliche und die neu gebildeten Räte gegen ihre Bischöfe und verlangten beim Synod die Entlassung unbeliebter Hierarchen. Doch mit der Ausnahme von Metropolit Pitirim (Oknov) von Petrograd und Erzbischof Varnava (Nakropin) von Tobol'sk, die man rasch von ihren Bischofssitzen

entfernte, zog sich der Prozess der Entlassungen in zahlreichen Eparchien über viele Monate hin.

Den größten Skandal verursachte die Eparchie Orjol, die eigens von der Rechtskommission des Landeskonzils untersucht wurde. In Orjol riss ursprünglich ein Komitee unter der Führung von Priester Sergij Arakin die Macht in der Eparchie an sich. Die „Arakiner“ verjagten nicht nur den Bischof Makarij (Gnevushev), sondern eroberten auch das Gebäude des lokalen Konsistoriums „im Sturm“. Als Gegengewicht zu ihnen entstand in Orjol die gemäßigte „Gesellschaft kirchlicher Erneuerung“ unter dem Vorsitz von Erzpriester Alexander Obolenskij (man nannte sie die „Erneuerer“). Der neu entsandte Bischof Serafim (Ostroumov) stellte sich auf die Seite des Komitees von Arakin, worauf Erzpriester Obolenskij nur knapp dem Kirchengericht entkam, weil der Oberprokurator des Synods, Anton V. Kartaschov, für ihn eintrat.

In Tver' wiederum rebellierte ein Eparchial-Kongress gegen Erzbischof Serafim (Tschitschagov), der den Kongress zuvor selbst einberufen hatte. Seine Gegner waren vor allem Diakone und Lektoren, da der Erzbischof kurz vor der Revolution für sie eine Sonderprüfung in Grundkenntnissen der hl. Schrift, Liturgie und Kirchengeschichte eingeführt hatte. Der Erzbischof war nicht ohne Grund der Meinung, dass diese Ämter oft von absolut ungebildeten Personen beansprucht wurden, deren Hauptmotiv Vermeidung des Armeedienstes war. Die Opposition gegen den Erzbischof wurde vom ehemaligen Priester und ehemaligen Deputierten in der Zweiten Staatsduma, Fjodor Tichvinskij, angeführt, der aufgrund revolutionären Auftretens und seiner Zugehörigkeit zu der Fraktion der *Trudoviki* (russ. auch *Trudovaja Gruppy*, „Gruppe der Arbeit“, v. a. Bauern innerhalb der demokratischen Fraktion) seines Priesteramtes enthoben worden war. Nach einer Lagebeurteilung durch eine Delegation des Hl. Synods beließ dieser Erzbischof Serafim im Amt, doch mischte sich bald der lokale Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten in den Konflikt ein, so dass sich der Erzbischof gezwungen sah, die Eparchie Tver' für immer zu verlassen.⁶

Dagegen konnte einer der berühmtesten Erzbischöfe der vorrevolutionären Periode, Erzbischof Agapit (Vischnevskij) von Jekaterinoslav, sein Bischofsamt behalten. Ihn retteten Verbindungen mit der Obrigkeit, insbesondere die Freundschaft mit dem Mitglied des Hl. Synods, Erzbischof Platon (Roschdestvenskij). Sehr bald sollte die Kirchenleitung ihre Entscheidung bereuen, Erzbischof Agapit nicht entlassen zu haben. Die politischen „Überflüge“ dieses Hierarchen brachten nur Wirren in das kirchliche Leben: Bis zur Februarrevolution war Agapit ein aktiver Rechtskonservativer, danach stellte er sich auf die „Position der Gesellschaft“ und segnete die „hochnützliche Tätigkeit“ des Rats der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Als in der Ukraine Simon Petljura an die Macht kam, begann er als aktiver Ukrainophiler aufzutreten. Bereits zu Sowjetzeiten wurde Erzbischof Agapit schließlich zum Erneuerer.

Häufig wird in der Geschichtsschreibung die „revolutionäre“ Stimmung der einfachen Geistlichkeit mit der sog. „antikirchlichen“ Tätigkeit der kirchlichen Zeitung „Allrussländischer kirchlich-gesellschaftlicher Bote“ (*Vserossijskij cerkovno-obščestvennyj vestnik*) erklärt. Diese soll die Geistlichen zu revolutionären Handlungen provoziert haben. Diese Behauptung ist schon deshalb falsch, weil die erste Nummer am 7. April erschien, die größte Welle an „revolutionären“ Aktivitäten des Klerus jedoch bereits im März 1917 erfolgte. Manchmal wird auch behauptet, die Zeitung sei ein Organ der Erneuerer oder gar ein „Sprachrohr der Bolschewisten“ gewesen. Der „Bote“ wurde jedoch von der Petersburger Geistlichen Akademie herausgegeben. Professor Boris Titlinov und seinen Kollegen, angesehenen Gelehrten und Priestern der Hauptstadt, war es gelungen, die meist gelesene und interessanteste Kirchenzeitung ihrer Zeit zu schaffen. Sie galt in politischer



Die Februarrevolution fand in der Fastenzeit statt. Die Postkarte bringt die österliche Freude über den Wandel zum Ausdruck: „Christus ist auferstanden. Es lebe die Republik!“

Foto: exhibitions.nlr.ru

Hinsicht als gemäßigt. So riet die Zeitung zur Stimmabgabe für die „Konstitutionellen Demokraten“ als der „kirchenfreundlichsten“ Partei, was grundsätzlich für diese Zeit auch stimmt.

Ungeachtet aller Exzesse, die für die revolutionäre Zeit charakteristisch waren, wurden grundlegende Kirchenreformen von unten durchgeführt – auf Versammlungen von Geistlichen und Laien im Frühling 1917, die später vom Hl. Synod offiziell legalisiert wurden. Die wichtigsten von ihnen waren die Schaffung von Kirchenräten in den Eparchien und die landesweite Einführung des Wahlprinzips in der Kirche.

Einführung des Wahlprinzips

Die Wahlen an sich symbolisierten am sichtbarsten den revolutionären Prozess innerhalb der Kirche. 1917 wurden Vorsteher und Vorsteherinnen von Klöstern, Gemeindepriester, Diakone und Lektoren gewählt. Doch das zentrale Element dieses Prozesses war die Wahl der obersten Hierarchen. Bischofswahlen fanden vom Frühling bis dem Herbst 1917 in elf Eparchien statt: Petrograd, Moskau, Černigov, Tula, Kursk, Vladimir, Rjazan, Charkov, Orjol, Saratov und Jekaterinburg. Wahlen fanden allerdings nur dort statt, wo ein Eparchialbischof aus irgendeinem Grund ausfiel.

Was die gesellschaftliche Einstellung zur Revolution betrifft, lässt sich eine scharfe Wende in der Einstellung eines bedeutenden Teils der Gesellschaft feststellen: Noch im März begrüßte eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung den Umsturz euphorisch, doch je weiter die „Vertiefung“ der Revolution voranschritt, desto mehr begannen sie sie zu verwünschen. So änderte sich auch das Verhältnis zu den Wahlen. Betrachtete man sie zu Beginn als eine lang erwartete Rückkehr zu den christlichen Urquellen, so bezeichnete sie z. B. Bischof Nikon (Bessonov) zum Schluss als „Bockspringen“, bei dem „jeder versucht, sich ein fetteres und süßeres Stück zu ergattern“. ⁷ Argumente gegen das Wahlprinzip in der Kirche zu finden war in dieser Zeit schwierig. Diejenigen, die die synodalen Wahlregelungen ausarbeiteten, stützten sich auf die maßgebende Meinung des verstorbenen Professors Vasilij Bolotov (1853–1900) über die „Unbestreitbarkeit“ des Wahlprinzips in der Urkirche. Dabei war der Kirchenhistoriker Bolotov selbst gar kein Befürworter von Wahlen. So schrieb er: „Heute ist das Geschwätz über das Wahlprinzip in Mode gekommen und findet viele Anhänger, doch ich gehöre nicht dazu [...] wenn es Wahlen gegeben hat, die später abgeschafft worden sind, dann geschah das nicht ohne triftige Gründe. Die Verhältnisse sind seither so verzerrt, dass eine Wiedergeburt der Wahl in Russland etwa so nützlich wäre wie die Zucht von Weinreben auf den Gebsteigen in St. Petersburg“. ⁸

Die kirchlichen Wahlergebnisse von 1917 wurden auf zwei Ebenen bestätigt: vom Hl. Synod, dann von der Provisorischen Regierung. Allerdings war die Bestätigung eines gewählten Bischofs durch die weltliche Gewalt nur formaler Natur – sie erwies sich als letztes Relikt des noch nicht ganz zerrissenen Bundes zwischen Staat und Kirche. Die Wahlen trugen zur Konsolidierung der Kirche und zur Legitimierung der Macht der Erzbischöfe in den Eparchien bei. Einen gewählten Hierarchen konnte man nicht mehr als Strohhalm „finsterner Mächte“ betrachten. Man kann mit Sicherheit sagen, dass das ganze orthodoxe Russland über die Wahl der hauptstädtischen Erzbischöfe, und im November auch des Patriarchen, Bescheid wusste – das Studium der Archivmaterialien zeigt, dass kirchliche Fragen damals einen Großteil der gebildeten Bevölkerung bewegten. Durch die Wahlen kamen renommierte Kirchenakteure an die Macht, die nicht nur den Prozess der Entwicklung der russischen Orthodoxie im 20. Jahrhundert bestimmten, sondern auch das Überleben der Kirche unter den Bedingungen des antireligiösen Staats ermöglichten.

Der Unterschied zwischen Kerenskij und Lenin

Häufig war die Macht der Provisorischen Regierung, besonders in der Provinz, quasi unsichtbar, in Wirklichkeit wurde sie von diversen Komitees und Räten ausgeübt. Viele von ihnen wandten sich in der Folge den Bolschewiken zu, was den Lenin-Anhängern half, die Macht vergleichsweise schnell zu übernehmen. Diese neuen Machtorgane mischten sich ständig in kirchliche Angelegenheiten ein. Gleichzeitig verbreitete sich der Mythos von der antikirchlichen Politik der Provisorischen Regierung. Grund dafür war nicht nur die Tätigkeit des „revolutionären“ Oberprokurors Vladimir L'vov, sondern auch der Versuch der Regierung, die Grundschulbildung zu säkularisieren. Ein Dekret der Provisorischen Regierung ordnete die Überführung kirchlicher Gemeindeschulen aus der Verantwortung des Synods in das Ministerium der Volksaufklärung an.

Es war klar, dass die Trennung der Kirche vom Staat früher oder später stattfinden musste, auch wenn das nicht solch traurige Folgen gehabt hätte wie nach dem bekannten bolschewistischen Dekret „Über die Gewissensfreiheit“, das der Kirche den Status einer juristischen Person absprach und sämtliche Kirchengüter zum gesamtgesellschaftlichem Eigentum erklärte. Viele konnten sich damals die Möglichkeit eines freien Wirkens der Kirche in einem säkularen Staat noch nicht vorstellen. Ebenfalls nicht vorstellen konnten sich im Herbst 1917 viele kirchliche Akteure den Unterschied zwischen der Provisorischen Regierung und den Bolschewiken.

Vielleicht hat auch Alexander Kerenskij, der Vorsitzende der Provisorischen Regierung, zum negativen Bild dieser Regierung beigetragen, weil er in aller Öffentlichkeit seine Familie verließ und mit seiner Geliebten zusammenlebte. War bisher nur ein enger Kreis Eingeweihter über „unchristliches“ Verhalten im Zarenhaus informiert, so wurden Gerüchte über das Liebesverhalten des neuen Staatsoberhauptes zum Allgemeingut. Bischof Aleksij (Simanskij) äußerte in einem Brief, dass er keinen Unterschied zwischen Alexander Kerenskij und Vladimir Lenin sehe. Professor Nikolaj Kusnezov, der im Namen des Landeskonzils an den Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung wie auch mit den Bolschewiken teilnahm, war ursprünglich der Meinung, dass Verhandlungen mit letzteren einfacher seien. Erst die Erfahrung von Verbannung und Gefängnis lehrte die Mehrheit der kirchlichen Akteure den Unterschied zwischen Alexander Kerenskij und Vladimir Lenin, Vladimir L'vov und Leo Trotzki.

Vielen aufrichtig kirchlichen Menschen schien es, dass die Kirche im Jahr 1917 zerfiel. Die krisenhafte vorrevolutionäre Situation in der staatlichen „Behörde für das orthodoxe Bekenntnis“ wie auch der Verlauf der „Kirchenrevolution“ riefen innerhalb der

gläubigen Intelligenzija unaufhaltsamen Pessimismus hervor: „*Ich versuche desto stärker in meiner Seele den alten ‚Glauben‘ zu nähren, je schärfer die Verzweiflung über die Realität wird*“, schrieb im August 1917 der bekannte Historiker Sergej Platonov in einem Brief. „*Nur eines ändert sich: das Vertrauen in eine Zukunft unseres Kirchenwesens verlöscht völlig. Was kann betrübender sein als der Eindruck von der Leblosigkeit und Falschheit des berüchtigten ‚Landeskonzils‘!? Der Staat, das stimmt, wird durchhalten, aber die Kirche – ist schon lange ein ‚umgeworfener Sarg‘*“.⁹ Später echote ein anderer Historiker, Professor Jurij Got'e, dass „*unsere Kirche und Popen, die dick geworden sind und Gott vergessen haben, nur eine Verfolgung zu ihren Pflichten zurückführen und überhaupt die Kirche wieder aufrichten kann*“.¹⁰ Solche Aussagen entstanden vor dem Hintergrund der kritischen Reflexion über das kirchliche Leben der vorrevolutionären Jahre, und vielleicht auch unter dem Eindruck der politischen Tätigkeit eines Teils der Geistlichen während der Revolution.

* * *

Ungeachtet der finsternen Prognosen hat die Kirche nicht nur durchgehalten, sondern es gelang ihr auch eine Konsolidierung, indem sie die Extreme der Revolutionsperiode Schritt für Schritt überwand. Am Landeskonzil von 1917–1918 begannen sich deutliche Konturen einer künftigen Organisation des Kirchenlebens abzuzeichnen. Nicht alle wurden aus bekannten politischen Gründen umgesetzt, doch kraft ihrer Umgestaltung erwies sich die Kirche als die einzige große Organisation des vorrevolutionären Russlands, die institutionell nicht zerfiel. Gerade deshalb wurde sie bald zur wichtigsten ideologischen Gegnerin der Bolschewiken. Der amerikanische Historiker Richard Pipes hat von der „relativen Leichtigkeit“ gesprochen, mit der die Kommunisten die Kirche – im Gegensatz zu der katholischen Kirche in Osteuropa – aus der russischen Gesellschaft „ausschließen“ konnten.¹¹ Er erkennt damit die Tatsache, dass die neue Regierung immense Kräfte aufwenden musste, um mit der Kirche abzurechnen: insgesamt wurden in der Folge 99 Prozent des höchsten und 80 Prozent des mittleren und niedrigsten Klerus von den Bolschewiken umgebracht.

Anmerkungen

- 1) Anm. d. Red.: Am 25. Januar 1721 ersetzte Zar Peter I. das seit 1593 bestehende Patriarchenamt durch den „Heiligsten Synod“. Die Zeit zwischen 1721 und 1917 wird deshalb oft „Synodalperiode“ genannt.
- 2) Materialy zasedanij komissii po reforme prichoda. In: Russisches Historisches Staatsarchiv (RGIA). F. 799. Op. 31. D. 3.
- 3) Dejanija Svjaščennogo Sobora Pravoslavnoj Rossijskoj Cerkvi 1917–1918gg. Moskau 1994, Bd. 2, S. 192.
- 4) Utro Rossii, 6. Mai 1917.
- 5) RGIA. F. 796. Op. 204. ot1 st5. D. 222. L. 1ob.
- 6) Rogoznyj, Pavel: Cerkovnaja revoljucija 1917 goda. St. Petersburg 2008.
- 7) RGIA. F. 796. Op. 204. D. 94. L. 186.
- 8) Bolotov, V. V.: Lekcii po istorii drevnej Cerkvi. Moskau 1993, S. 177.
- 9) Platonov, S. F.: Perepiska s istorikami. Moskau 2003, Bd. 1, S. 230.
- 10) Got'e, Ju. V.: Moi zametki. Moskau 1997, S. 109.
- 11) Pajps, R.: Rossija pri starom režime. Moskau 1993, S. 293.

Übersetzung aus dem Russischen: Regula Zwahlen.

Pavel Rogosnyj, PhD, St. Petersburger Institut für Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften.